

LSVD Thüringen, Windhorststr. 43a, 99096 Erfurt

Stadt Suhl

Oberbürgermeister Dr. Jens Triebel

Marktplatz 1

98527 Suhl

08. April 2013

Sehr geehrter Oberbürgermeister Triebel,

in Russland ist ein Gesetzgebungsverfahren in Gange, das die „Propagierung“ von Homosexualität in der Öffentlichkeit verbieten und Zuwiderhandlungen mit empfindlichen Geldstrafen von umgerechnet bis zu 12.500 Euro bestrafen soll. Dieses Anti-Homosexualitätsgesetz wurde bereits in erster Lesung von der russischen Duma verabschiedet, bis Anfang April können noch Änderungen eingebracht werden.

Die Bestimmungen des geplanten Anti-Homosexuellengesetzes verletzen die Artikel 1, 10, 11 und 14 der von Russland unterschriebenen Europäischen Menschenrechtskonvention sowie der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Sollte es in Kraft treten, würden für Lesben, Schwule, Transgender und Intersexuellen nicht nur die Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ausgehebelt, sondern auch die gesamte Bürgerrechtsbewegung in Russland weiter eingeschüchert. Durch die bewusste Offenheit des Begriffs „Propagierung“ kann selbst ein Kuss, das Tragen eines Buttons oder die Verwendung einer Regenbogenflagge bestraft werden. Aufklärungs- und Akzeptanzarbeit gegen eine in Russland grassierende und bisweilen tödliche Homophobie sowie eine effiziente Präventionsarbeit gegen HIV/AIDS sind dann nicht mehr möglich. Die Erfahrungen zeigen, dass schon die Ankündigung eines solchen Erlasses zur Brutalisierung der Öffentlichkeit führt. Willkürlich werden Bürgerinnen und Bürger angegriffen, allein weil vermutet wird, dass es sich um Homosexuelle handelt.

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD), die Hirschfeld-Eddy-Stiftung und die russischsprachige Community in Deutschland Quarteera sowie viele Bürgerinnen und

Bürger Ihrer Stadt betrachten das Gesetzesvorhaben mit großer Sorge. Daher möchten wir Sie inständig bitten, Ihren Einfluss im Rahmen Ihrer Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Kaluga zu nutzen, um dieses Vorhaben zu stoppen. Bitte suchen Sie den Dialog mit Ihren russischen Partnerinnen und Partner, sprechen Sie dieses Gesetzesvorhaben an. Machen Sie deutlich, dass es gegen demokratische Werte verstößt und stattdessen eine Kultur der Antidiskriminierung für alle Bürgerinnen und Bürger ein Gewinn ist. Bitte nutzen Sie alle Kontakte Ihrer Behörde um deutlich zu machen, dass Lesben und Schwule gleichberechtigte und akzeptierte Bürgerinnen und Bürger sind, die keine Gefahr für Kinder und Jugendliche darstellen. Weisen Sie darauf hin, dass solch ein Gesetz die Beziehungen zu Ihrer Partnerstadt erschweren und dem Ansehen von Russland schaden würden.

Zeigen Sie, dass die Menschenrechte von Lesben und Schwulen für Sie integraler Bestandteil des kulturellen Austauschs sind, indem Sie etwa russische Besucherinnen und Besucher mit Lesben und Schwulen aus Ihrer Stadt oder Region zusammenbringen oder russische Lesben und Schwule aus Ihren Partnerstädten einladen.

Die Lesben und Schwulen aus Kaluga brauchen Ihre Unterstützung. Machen Sie sich für Menschenrechte stark, damit auch die Bürgerinnen und Bürger Ihrer Stadt auf die Partnerschaft stolz sein können.

Mit herzlichen Grüßen

Conrad Gliem

LSVD Thüringen



Axel Hochrein

Hirschfeld-Eddy-Stiftung



Jana Wechselmann

Quarteera

